



Zeitung der Sozialistischen Offensive Vorwärts

erscheint seit 1983

Nummer 77

Pensions„reform“ und Lohnverluste

Jetzt reicht's!

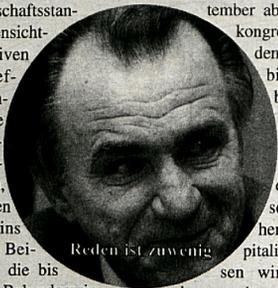
Im Sommer waren offiziell 193.412 Menschen als arbeitssuchend gemeldet, für den Winter wird eine neue Rekordarbeitslosigkeit von über 300.000 erwartet. Die Gewinne der Unternehmer steigen mit den Arbeitslosenzahlen, während die Reallöhne schon seit 1995 sinken.

von Stefan Kerl,
SOV Wien Nord

Die Visionen von Viktor Klima und diversen Wirtschaftsforschern massenhaft neue Jobs in „Zukunftsbereichen“ zu schaffen, sind nicht wahr geworden. Alleine in der „Hoffungsbranche“ Telekommunikation werden beispielsweise laut Wirtschaftsforschungsinstitut (Wifo) 4.000 Arbeitsplätze durch Privatisierung und Deregulierung verlorengehen.

Rekordgewinne bei Beschäftigungsabbau

Die Politik „Lohnverzicht zur Sicherung des Wirtschaftsstandorts“ hatte offensichtlich keine positiven Beschäftigungseffekte. Im Gegenteil: Wenn heute Kündigungsprogramme bekanntgegeben werden, steigen die Aktien und Gewinne ins Unermessliche. Beispiele wie OMV, die bis Ende 1998 trotz Rekordgewin-



Reden ist zuwenig

nen 1.000 Beschäftigte entlassen will, oder Semperit, sind bereits zum Symbol geworden. Täglich kommen neue Fälle hinzu: Adeq-Umsatz um 6,7 % gewachsen - 500 Beschäftigte abgebaut (Presse 1.10.97), Jobwunder im Handel blieb aus - 1598 Stellen weniger (Standard 4/5.10)

Null komma Null Streiksekunden

„Der neokapitalistische Westwind ist zu einem europäischen Wirbelsturm geworden“ wettet GPA-Chef und SPler Sallmutter. In den Zeitungen der Gewerkschaft ist schon seit einiger Zeit vom Turbo- und Killerkapitalismus die Rede. Der im September abgehaltene Jugendkongress des ÖGB trug den Titel „Jugendausbildung statt Arbeitslosigkeit und hemmungslosem Kapitalismus“. „Wenn man sich das anschaut, die- sen ungebremsten, hemmungslosen Kapitalismus, dann müssen wir reagieren, und dann werden wir auch reagieren,

das sind wir unseren Mitgliedern verdammt schuldig.... Wenn die Zeiten rauher werden, werden wir nicht mehr 0,0 Streiksekunden haben,... werden wir in die Offensive gehen!“ meinte Willi Mernyi, Bundessekretär der Gewerkschaftsjugend in einem Radio Wien Interview Ende September.

Krokodilstränen

Selbst in den bürgerlichen Medien spiegelt sich die wachsende Stimmung gegen die Offensive der Unternehmer wieder. So beklagt Peter Rabl im ÖVP-nahen Kurier zum Beispiel in seinem „Kommentar“ die „doppelte Moral mancher Unternehmer“, die einerseits trotz steigender Gewinne ältere ArbeitnehmerInnen entlassen und diese somit in die Frühpension treiben, andererseits aber die Wirtschaft fordert, daß „die Massenseuche Frühpension durch Abzüge bei den Pensionsansprüchen“ bekämpft werden soll. Der milliardenschwere Spekulant und Börsenguru George Soros bezeichnet den „Raubkapitalismus“ als „Wurzel neuer Unfreiheit“ und schreibt „Der wildgewordene Kapitalismus gefährdet die Demokratie“. Österreichs Wirtschaftsminister Farnleitner, der Vertreter der Wirtschaftskammer in der Regierung, kündigte an, er wolle „den Zustand beseitigen, daß Betriebe Rekord-Cash-flows und Rekordumsätze machen, aber ständig Leute abbauen“. Die extreme Rechte darf da natürlich auch nicht fehlen. So meinte der FP-Programmdenker und Burschenschaftler Stadler: „Bank und Finanzkapital sind brutal und übernational“. Das sind nichts als Krokodilstränen, weil diese Herren allesamt an anderer Stelle gegen Gewerkschaften und Sozialstaat hetzten und insgesamt die „freie Marktwirtschaft“ als bestes aller Systeme feiern.

...kontra Realpolitik

Die Sozialausgaben im Budget des Bundes gingen von 218 Milliarden 1996 auf 208 Milliarden im kommenden Haushalt zurück. Das Einfrieren von Karenzgeld, Familienbeihilfe, Pflegegeld, Arbeitslosengeld und Notstandshilfe bis 1999 trifft die am meisten benachteiligten



ÖGB soll sich an den französischen KollegInnen ein Beispiel nehmen!

Gruppen. Die steigende Arbeitslosigkeit möchte die Regierung offenbar dadurch bekämpfen, daß sie Geld von der Arbeitslosenversicherung abzieht. 1997 werden es 4.900 Mio Schilling sein, 1999 werden es gar 8.080 Mio Schilling sein.

Der Anteil der Lohnsteuer und der Mehrwertsteuer, also der Steuern, die die „normalen“ ArbeitnehmerInnen zahlen, an der Finanzierung des Staatshaushaltes stieg zwischen 1995 und 1998 von 44 % auf 62 %. Die Verbrauchsabgaben mitgerechnet bedeutet dies, daß das Budget inzwischen zu mehr als 80 % von den Lohnabhängigen finanziert wird. Der Anteil der Lohnsteuer am Bruttoinlandsprodukt (BIP) erhöhte sich von 5,3 auf 7,4 Prozent. Der Anteil der von den Selbständigen (also von den Unternehmern) zu zahlenden Einkommensteuer fiel zwischen 1995 und 98 von 1,9 auf 1,6 %. Der Anteil der Vermögensteuer fiel von einem Prozent auf 0,37 % ist also faktisch nicht mehr vorhanden.

Arbeitskampf vorbereiten!

„Zur Einhaltung des Stabilitätspaketes werden in den nächsten Jahren weitere Sparbudgets notwendig sein“; meint der Budgetexperte der Wiener Arbeiterkammer Rossmann. Wir meinen: Sie sind schon da. In Form von „Strukturereformen“ wie

bei den Pensionen, drohen im Moment größere Angriffe als alle Sparpakete zusammen (siehe Seite 3). GPA-Chef Sallmutter hat völlig recht wenn er sagt, daß wenn die „Reform“ so wie geplant durchgeht, Haider an die Regierung kommt. Es liegt beim ÖGB das Ruder herumzureißen. Das bedeutet jetzt den Streik gegen die Pensionspläne der Regierung vorzubereiten.

**Aus dem Inhalt:
Seite 3
Oberösterreich/Wels**

**Seite 4/5
Schwerpunkt
Oktoberrevolution I**

**Seite 7
Streik der Liverpool-
pooler Dockers**

**Symposium
'Oktoberrevolution'
15.11. ab 14.00
VHS 16**

**Anmeldung unter
01-524 63 10**

Warum wir nicht für Haider unterschreiben

Unter Verweis auf die Maastrichtkriterien wird in ganz Europa Sozialabbau betrieben. Im Gegensatz zur FPÖ lehnen wir diesen Vertrag klar ab. Wir sind gegen den EURO, der zum Symbol für eine Politik gegen die ArbeitnehmerInnen geworden ist. Hinter Maastricht & EURO steckt ein neoliberales Konzept. Das bedeutet: Privatisierung, längere Arbeitszeiten, sinkende Reallöhne, Kürzungen und weitere Sparpakete. Die FPÖ vertritt in all ihren Forderungen ebenfalls ein solches Konzept - in vielen Punkten sogar schlimmer als es der Maastricht Vertrag vorschreibt. Die Abhaltung eines Volksbegehrens ist nichts als purer Populismus mit dem der wachsende Unmut über die Regierungspolitik kanalisiert werden soll. Sowohl die Regierung wie die FPÖ stellen letztlich die Frage „Schilling oder EURO“ und schlagen gleichzeitig drastischen Sozialabbau vor. Wir lassen uns diese Fragestellung nicht aufzwingen. Tatsächlich geht es darum, zu den europaweit laufenden Kämpfen gegen neoliberale Politik endlich in Österreich „einen Beitrag zu leisten“. Das kann über kein Volksbegehren erreicht werden, sonder z.B durch eine entsprechende Gewerkschaftspolitik. Doch an internationalen Aktionen gegen Sozialabbau hat Haider selbstverständlich kein Interesse. Deshalb unterschreiben wir auch nicht seinen Volksbegehren-Schwindel.

Der Standpunkt

Im Westen nichts Neues?

Angeblieh war der Wahlsonntag 5. Oktober 1997 das wichtigste politische Ereignis in diesem Jahr. Nun gut, bei verschwindend geringer Beteiligung der Bevölkerung wurde in Kärnten und Salzburg „Ja“ zum Milliardenpektakel „Olympia“ gesagt. Ebenfalls stimmt es traurig, daß die KPÖ-Liste in Krems/NÖ um ein paar Dutzend Stimmen den Wiedereinzug in den Gemeinderat verpaßte.

Weit weniger spektakulär war auf den ersten Blick das Resultat der ÖÖ-Landtags-, Bürgermeister- und Gemeinderats-Wahlen. Wie sooft konnte sich die ÖVP auf regionaler Ebene stabil halten, während es für eine weitere Länderorganisation der SPÖ die übliche Niederlage setzte. Die Freiheitlichen gewannen, allerdings weniger als vorausgesagt und die Grünen schafften den Einzug in den Landtag. Bei genauerer Betrachtung stechen allerdings einige Details ins Auge: Im Vergleich zum Ergebnis von 1991 hat sich der Abstand zwischen SPÖ und FPÖ von 110.000 auf 40.000 Stimmen um fast 2/3 reduziert. Die Sozialdemokratie, die in den 70er Jahren mit der ÖVP noch um die Mehrheit kämpfte, hält im Industrieland OÖ bei 27%. In zahlreichen Gemeinden, darunter Linz und Wels, stieß die FPÖ auf Platz Zwei der Rangliste vor.

Sieger sehen anders aus

Das Welsener Resultat ist in vielerlei Hinsicht bemerkenswert. Der bundesweit bekannte Rechtsaußen-Bürgermeister Bregartner gewann die Direktwahl mit 57,1% der Stimmen. Die von ihm geführte Welsener SPÖ verlor gleichzeitig weit über dem Landesdurchschnitt und fiel mit minus 8,5 Prozentpunkten auf 40,4% zurück. Das scheinbar widersprüchliche Ergebnis, spricht tatsächlich eine deutliche Sprache - und zwar über die gesamte Situation der SPÖ. Es ist für die Sozialdemokratie durchaus möglich, sich vereinzelt, mit Positionen und Personen, genauso rechts wie die FPÖ zu positionieren. Es ist nicht ausgeschlossen, dadurch kurzfristig die eine oder andere Stimme, oder sogar Regionalwahl, zu gewinnen. Den Auflösungsprozeß der klassischen Sozialdemokratie, hervorgerufen durch Sparpakete, Sozialabbau und Privilegienwirtschaft, wird eine solche Taktik allerdings höchstens beschleunigen. Deshalb konnte Bregartner als defacto SPÖ/FPÖ-Kandidat die eine Wahl gewinnen. Als Parteivorsitzender hat „Bre“ - und die Politik die SPÖ-Politik die er (mit)repräsentiert - der Welsener-Partei die schlimmste Niederlage seit Bestehen der 2. Republik beschert.



von John Evers

MieterInnen wehren sich gegen Heimstätten-Genossenschaft

Mieterinitiative in Wels

In Wels hat sich eine Mieterinitiative von MieterInnen der Heimstätten-Genossenschaft gegründet (siehe Rückseite). Franz Breier jun. führte ein Interview mit Theresia Landauer, der Initiatorin.

Franz Breier: Wie, Frau Landauer, hat der „Aufstand“ begonnen?

Theresia Landauer: Im Gespräch mit vielen MieterInnen aus der Noitzmühle hat sich im Laufe der letzten drei Jahre für mich gezeigt, daß es Familien gibt, für die die Mietbelastung enorm hoch ist. Das hat mich dazu gebracht, nach den Wurzeln der Misere zu suchen. Und das sind die Heimstätte als Institution und der Magistrat als Haupteiigentümer. Aber auch Politiker, bzw. deren bürgerfeindliche Gesetze.

FB: Worum geht es der Initiative?

TL: Mietengerechtigkeit, Kontrolle und Selbstverantwortung der Mieter. Dazu gibt es mehrere Punkte:

- a) Was können die MieterInnen und Mieter in Eigeninitiative gemeinsam im Haus selbst verbessern, z.B. ein besserer Umgang miteinander.
- b) Welche Veränderungen fordern wir von der Heimstätte.
- c) Welche Forderungen müssen von der Politik umgesetzt werden, daß für die MieterInnen ein finanzierbares und menschenwürdiges Wohnen gewährleistet ist.

TL: Was tun die AnrainerInnen?

TL: In persönlichen Gesprächen mit den Mietern von Tür zu Tür wird der Erstkontakt hergestellt. Die Mieter

organisieren sich Häuserblockweise untereinander zu Mieterbesprechungen, da werden die Hauptprobleme ermittelt und Forderungen für Maßnahmen formuliert. Es gibt glücklicherweise die tatkräftige Unterstützung der jungen Menschen der Ortsgruppe der SOV, die von den Mieterinnen und Mietern positiv aufgenommen wird.

FB: Gibt es bereits Erfolge?

TL: Die enorme Zustimmung der MieterInnen zur Initiative, d.h. konkret 400 Unterschriften binnen 3 Wochen, hat die Heimstätte und Bürgermeister Bregartner bereits in Zugzwang gebracht. Endlich wird das Problem des Schimmels offen zugegeben, dieser führte in einer Wohnung dazu, daß ein 4-jähriges Kind ins Krankenhaus mußte. Die Sanierung solcher Wohnungen wurde nun zumindest versprochen.

FB: Welchen Problemen sieht sich die Initiative ausgesetzt?

TL: Eine Besprechung mit dem SPÖ-Landrat Dr. Erich Haider war wegen des Wahlkampfes nicht zu erreichen. Mit anderen Politikern gab es zwar einen Gesprächstermin, die Ergebnisse waren leere Versprechungen, aber auch Lügen. Auch werden von Mitarbeitern der Heimstätte die

Einladungen für Mietertreffen aus den Liftten entfernt, von den Türen gerissen, usw. Die Mieterinitiative hat eine Anfrage per Fax an den Innenminister geschickt, wie er die Unvereinbarkeit der Funktion des Obmannes einer gemeinnützigen Wohnungsgenossenschaft mit mehr als 7000 Mietern, mit seinem Beruf als leitender Polizist angesichts des bevorstehenden Lauschangriffes den Welsener Bürgern gegenüber rechtfertigen wolle. Diese Anfrage wurde an wichtige Medien verschickt. Der Mieterinitiative wurde bei der Demonstration am 2. OÖ-Armutsmarsch am 4.10.97 vom Organisator ein Verbot für ein Transparent „Mieterinitiative“ verhängt.

FB: Wie geht es weiter?

TL: Die Initiative strebt eine langfristige Unterstützung der Forderungen von Mieterinnen und Mietern an, das macht eine Vereinsgründung notwendig. Was wir brauchen ist Ihre/Deine aktive und auch finanzielle Unterstützung zur Durchsetzung der Ziele zum Wohle der Menschen in den Mietwohnungen.

FB: Wir danken für das Gespräch und hoffen auf weitere erfolgreiche Zusammenarbeit im Interesse der „kleinen Leute“!

Nähere Informationen zur Teilnahme an der Initiative: 0664-32 66 407 oder 01-524 63 10

Antwort auf den Leserbrief von Robert Eiter

Wie gegen Rechts kämpfen?

Die Welsener braunen Flecken haben schon längst bundespolitische Bedeutung erhalten. Im Rahmen der „INITIATIVE WELSER GEGEN FASCHISMUS“ (IWGF) finden derzeit heftige Diskussionen zur weiteren Strategie der Initiative statt. Wir messen diesen Diskussionen einen hohen Stellenwert zu und veröffentlichen deshalb folgenden Leserbrief.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Mit den beiden Wels betreffenden Artikeln auf Seite 2 der Juni-Nummer hat sich VORWÄRTS den Spitznamen „Linke Kronenzeitung“ verdient.

*Entgegen der Behauptung von VORWÄRTS ist unsere Initiative keines „Kompromiß-Schwindel“ der SPÖ-Spitze aufgefressen, sondern hat eine kalkulierte Vereinbarung geschlossen, die alle Beobachter - offenbar außer Vorwärts - als wesentlichen Erfolg der antifaschistischen Bewegung bewerten: Unter anderem werden die bekannten Welsener NS-Symbole nach jahrelangem Kampf beseitigt. Auch bundesweit ließ sich einiges durchsetzen: So ein Antifa-Koordinator, der zur Zeit die braunen Flecken Österreichs erfaßt. Diese inhaltlichen Fortschritte waren uns wichtiger als das Einbringen von Partei-ausschlußanträgen, die im SPÖ-Bundesvorstand angesichts des öö. Wahljahres keine Mehrheit gefunden hätte. Daß es sich bei unserem Erfolg um einen Etappensieg handelt und die Umsetzung nicht ohne Konflikte abgeht, ist völlig klar. Trotzdem darf wohl gefragt werden: Mit welchem vergleichbar konkreten Erfolg können VORWÄRTS und JRE aufwarten? Wie viele braune Flecken habt ihr schon entfernt?

* Entgegen der Behauptung von VORWÄRTS erwähnt die KPÖ die Causa Bregartner im Wahlkampf sehr wohl, und zwar ausführlich. * Entgegen der Behauptung von Vorwärts habe

ich als Vorsitzender der INITIATIVE keine Medienkampagne gegen die Demonstration in Offenhausen und Wels gestartet. Vielmehr hat mich die INITIATIVE nach langer Diskussion und völlig eindeutiger Abstimmung beauftragt, in einem kurzen öffentlichen Statement klarzustellen, daß wir die Demonstrationen nicht organisieren und die Welsener Demonstration für überflüssig halten. Diese Entscheidung wurde dreifach begründet: Erstens hatten die Autonomen es als Organisatoren nicht der Mühe wert gefunden, uns Welsener Antifaschisten auch nur zu kontaktieren, geschweize denn die Vorgangsweise mit uns abzusprechen. Zweitens hatten die Autonomen 1992 in Offenhausen durch sinnlose Gewaltexzesse einen bis heute nachwirkenden politischen Schaden angerichtet - eine Wiederholung konnte (und kann künftig) nicht ausgeschlossen werden. Und drittens wäre auch dem aufgeschlossenen Teil der Welsener Bevölkerung die Notwendigkeit einer Demonstration gegen jene braunen Flecken, deren Entfernung ein paar Wochen zuvor verkündet worden war, nicht zu vermitteln gewesen. Die geschiederten Praktiken der Exekutive sind natürlich scharf zu verurteilen, sie machen den kontraproduktiven Aktionismus der Autonomen aber keineswegs sinnvoller. Dr. Robert Eiter, f.d. Initiative (gekürzt - der gesamte Brief kann selbstverständlich bei der Redaktion bestellt werden.)

Liebe AntifaschistInnen!

Nachdem dieser Leserbrief der „f.d. INITIATIVE“ am 30. Juni von Dr. Eiter im Alleingang geschrieben und abgeschickt wurde, nun auch auf unser Verlangen in der „INITIATIVE“ diskutiert wurde, sehen wir uns in der Lage, selbigen abzudrucken. * Im Vorwärts/7.97 heißt es wörtlich:

„die gänzliche Beseitigung der braunen Flecken ist noch lange nicht abgeschlossen“. Angesichts weiterer Subventionen an den ÖTB und dem Bestreben seitens der Bre-SPÖ das Thema vor den Wahlen vom Tisch zu haben, sowie dem Umstand, daß die Verteidiger der braunen Flecken weiterhin in „Amt & Würde“ sitzen, ist es gerechtfertigt, von einem „Kompromiß“-Schwindel zu schreiben. Daß die SPÖ vor den Wahlen einen Kompromiß anstrebte, zeigt ihre Angst vor dem Thema und läßt an der Dauerhaftigkeit der Erfolge zweifeln. Unserer Meinung nach hätte gerade der Wahlkampf genutzt werden müssen, um das Thema braune Flecken/Bregartner noch mehr in die öffentliche Diskussion zu bringen. Um auf die Kleinlichkeit: „Welche braunen Flecken habt ihr (denn) schon entfernt?“ einzugehen:

Schon 1993 setzte JRE die Entfernung der Bilder von Nazi-Bürgermeistern in Wiener Neustadt um und

zwang die Freiheitlichen zu Ausschüssen militanter Rechtsextremisten.

* Ein linkes Wahlbündnis ist in Wels tatsächlich an der Weigerung der KPÖ gescheitert, das Thema „Bregartner“ zu einem Wahlkampfthema zu machen. Im zentralen Wahlkampffolder der KPÖ-Wels kommt



Der gemeinsame Feind steht Rechts!

Bregartner nicht vor. * Distanzierungen von antifaschistischen Demonstrationen via Medien, die selbst ständig Schmutzkübelkampagnen gegen AntifaschistInnen - u.a. auch gegen die INITIATIVE - fahren, lehnen wir ab. Mit Aussagen von Dr. Eiter in der Welsener Rundschau, die die Demonstration als „so überflüssig wie einen Kropf“ be-

zeichnen, begibt man sich auf die Argumentationsebene unserer gemeinsamen GegnerInnen. Daß die IWGF wegen der Demo nicht kontaktiert wurde, kritisieren wir ebenfalls. Aber deswegen in eine Trotzhaltung zu verfallen, scheint uns fast kindisch. Die Richtigkeit der Demo-Unterstützung seitens JRE und SOV kann auch daraus ersehen werden, daß es im Gegensatz zu den von Eiter und Medien geäußerten Vorverurteilungen keineswegs zu „sinnlosen Gewaltexzessen“ kam. Die Gewalt und Schikanierung ging einmal mehr von der Polizei aus.

Die Aussage, daß eine Demo dem aufgeschlossenen Teil der Welsener Bevölkerung nicht zu vermitteln gewesen wäre, wurde ebenfalls durch die Demonstration widerlegt. Trotz hermetischer Abriegelung der DemonstrationstrInnen durch die Polizei, kamen 'zig Welsener Jugendliche in den durch Ordnerdienst geschützten und strukturierten JRE-Block.

Wir denken: Mittel, wie eine offensive Wahlkampfintervention oder die Demonstration sind geeignet, antifaschistische Gedanken zu verankern und Bregartner endlich weg zu bekommen. Wir freuen uns auf die vereinbarte Diskussion mit Euch.

SOV-Bundesleitung

Impressum: Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion: Sozialistische Offensive Vorwärts, 7, Kaiserstr. 14/11 Druck: Druckerei Brückle, 1010 Wien, Wipplingerstr. 23 Herstellungs- und Verlagsort: Wien

Die Pensionsreform**Pensionen: Länger arbeiten?**

Die Pensionsdebatte: Seit Jahresbeginn dreht sich das innenpolitische Karussell hauptsächlich um sie. Zuerst ging es noch um Kürzungen des Bundesbeitrages im ASVG-Bereich (= Arbeiter und Angestellte) und des "Ruhegenusses", der Beamtenpension. Der Plan der dahinter stand, war das Budget "EURO-fit" zu halten.

Albert Kropf,
SOV Wien-Süd

Für die aktuellen Kürzungspläne holte sich das Sozialministerium mittels Gutachten bei Professor Rürup Unterstützung. Obwohl der Herr Professor bereits als Sozialabgabehilfe der deutschen Regierung bekannt war, gab die Gewerkschaftsseite zu dieser Vorgangsweise ihren Sanktus. Die Studie wurde am 3. Juli veröffentlicht. Seitdem geht es nicht mehr um Kürzungen, sondern um eine "Strukturreform" im Pensionssystem: Länger Arbeiten - weniger Leistungen. Wir nennen das Sozialabbau. Das Konzept von Wirtschaftskammer und Regierung ist klar: Der Gedanke einer solidarischen Pensions- und Sozialversicherung ist passé. Langfristig soll die Altersvorsorge immer stärker in den Privatbereich abgeschoben werden. Riesige Geschäfte winken: Schon jetzt boomen die privaten

Versicherungen wegen der allgemeinen Angstmasche. Gleichzeitig würde die "private Vorsorge" die Unternehmer aus der Verantwortung entlassen - schließlich zahlen sie derzeit für jeden Arbeitnehmer Arbeitgeberbeiträge in die Pensionskasse.

Als erste fixe Maßnahme der Regierung zur "Finanzierung" der Pensionen wurden 1,5 Milliarden vom Arbeitsmarktservice (AMS) in die Töpfe der Pensionsversicherung transferiert. Dem grünen Wirtschaftssprecher, Alexander Van der Bellen, fiel dazu nichts anderes ein, als die Regierung darauf hinzuweisen, daß solche Transaktionen "nicht Maastricht konform sind!".

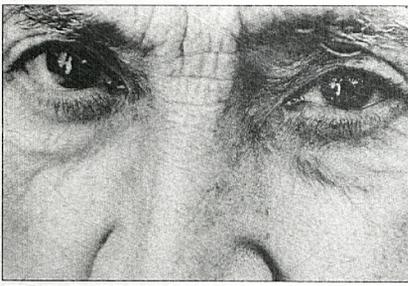
Daß das Geld im Topf des AMS fehlt und somit wieder der Ruf nach weiteren Verschlechterungen für Arbeitslosen- und Notstandsbezieher nachsichzieht, ist ihm nicht eingefallen. So dreht sich die soziale Spirale immer weiter abwärts. Bei explodierenden Gewinnen werden die

Probleme weiter auf dem Rücken der Unselbständigen ausgetragen.

Der Hauptbrocken aber ist die geplante Erhöhung des Durchrechnungszeitraumes für die Bemessungsgrundlage der Pensionen. Nach dem

Plan der Regierung soll die Erhöhung gestaffelt werden und all jene "bestrafen", die entweder in die vorzeitige Alterspension, da sie ihre Jahre beisammen haben, oder in die Invaliditätspension (!) gehen.

Der arbeitende Mensch als Kostenfaktor soll möglichst lange gewinnbringend eingesetzt werden können - ein Modell, das übrigens unter Garantie auch die Zahl der Arbeitslosen weiter steigen läßt. Nach einer Berechnung der GPA würden alleine diese Maßnahmen für den durchschnittlichen Arbeitnehmer Einbußen zwischen 4% und bis zu 11% bedeuten. Für eine bunte Koalition vom 'Profil', über 'Kronenzeitung'



Blick in die Zukunft

bis hin zur Wirtschaftskammer sind solche Wortmeldungen in den letzten Wochen der Anlaß, eine regelrechte Hetze gegen die Gewerkschaften loszutreten. Es ist positiv, daß sich der ÖGB hier der Konfrontation stellt und richtigweise auf die negativen Folgen der geplanten "Reform" für die ArbeitnehmerInnen hingewiesen hat. Die Frage ist, ob auf die verbalen Auseinandersetzungen Taten folgen. Der Druck Richtung Kampfmaßnahmen wächst an der Basis, auch wenn Gewerkschaftsboß Verzetnitsch derlei noch immer als "Sandkastenspiele" bezeichnet.

'edoo'-Pleite

Der im Juni mit 480 Beschäftigten in Konkurs gegangene Textilproduzent „edoo“ wird nun mit ziemlicher Sicherheit an den deutschen Vetter-Konzern verkauft.

von SOV-OÖ

Vetter kauft Maschinen, Markenname und Warenlager um ca. 50 Millionen Schilling, wobei er sich jeder - früher getätigten - Zusage nach (beschränkter) Weiterführung der Produktion (mit dem Erhalt von 200 Arbeitsplätzen) entzog. ÖGB-Sekretär Humer kritisierte lediglich den Masseverwalter, „weil Verhandlungsspielräume nicht genutzt wurden.“ Überhaupt spielte die Gewerkschaft eine traurige Rolle: Es wurde auf die ArbeiterInnen Druck ausgeübt, selbst zu kündigen und in der Regionalpresse mit nationalistischen Vorurteilen (vor allem gegen Türken und Kurden von denen viele bei edoo gearbeitet haben) gespalten. Der ÖGB sprach immer nur von einer „österreichischen Lösung“; Kampfmaßnahmen seitens der (ehemaligen) Belegschaft lehnte er ab. Nun wird lediglich eine Arbeitsstiftung die 480 neuen Arbeitslosen betreuen. Angesichts der triestrienen Arbeitsmarktsituation und der nicht endenden Pleitewelle in Oberösterreich wohl nur eine vorübergehende "Lösung".

Lehrlingsalltag

Im Sommer prognostizierte das Arbeitsmarktservice (AMS) in einer Studie österreichweit ca. 12.000 arbeitslose Jugendliche.

von Dieter Ratz, JRE Wien Nord

Angesichts dieser Zahlen versprach Viktor Klima: Kein Jugendlicher wird im Herbst auf der Straße stehen. Die ÖGJ schätzt, daß es nach wie vor 9.000 Lehrstellensuchende gibt. Daß Klimas Aktionismus eigentlich Zynismus ist, läßt sich auch an meinem Beispiel erkennen:

Ich habe nach vier Jahren Gymnasium und einem weiteren Jahr an der HTL Spengergasse versucht eine Lehrstelle zu bekommen. In den darauffolgenden Monaten erhielt ich von der AMS Servicestelle Herrmannsgasse ca. 20 Adressen von Firmen mit freien Lehrplätzen im Groß- bzw. Buchhandel. Die Retourschreiben, auf die ich teilweise zwei Wochen warten mußte, schienen aus ein und der selben Feder zu stammen, und teilten mir mit, daß die entsprechende Stelle bereits besetzt worden sei. Zusätzlich zu den eher dürftigen Adressen des AMS habe ich inseriert und ca. 50 weiteren Betrieben Bewerbungsunterlagen geschickt. Schließlich wurde ich vom AMS an die Lehrlingshotline des Bundeskanzleramtes verwiesen. Dort hieß es, man werde sich in den nächsten 14 Tagen um mein Problem kümmern. In dem Schreiben des Bundeskanzleramtes, das ich einige Tage später erhielt, werde ich jedoch lediglich gebeten eine der Servicestellen des AMS aufzusuchen.

Die Ablehnungen sind frustrierend genug! Warum müssen wir uns auch noch vom Bundeskanzler schikanieren lassen?

„Wir müssen lernen, auf die Straße zu gehen“**Gastgewerbe**

Im Gastgewerbe wird das Klima rauher: Am 8. 4. 1997 scheiterten sogar die Kollektivvertragsverhandlungen. Betriebsräte und Gewerkschaftsmitglieder hielten in den wichtigsten Fremdenverkehrsorten Strafenaktionen ab. Wir führten ein Gespräch mit Stefan Tichy, Betriebsratsvorsitzender im CITY CLUB VIENNA und Vorsitzender der Gewerkschaft HGPD-NÖ.

Vorwärts: Was bedeutet die Lehrlingsreform für Euch?

Tichy: Durch die Maßnahme, daß Lehrlinge jetzt schon ab 18 Jahren (früher 19 Jahre) länger als bis 22 Uhr arbeiten dürfen, wird im Gastgewerbe dazu führen, daß die billigeren Lehrlinge die Arbeit von Fachkräften übernehmen. Schätzungsweise werden dadurch 800 Arbeitsplätze vernichtet.

V: Die Unternehmer wollen den 12-Stunden-Tag sowie eine Reihe von weiteren Verschlechterungen.

T: Was das Nachruhegesetz betrifft, so ist es jetzt so, daß ich als Beschäftigter zweimal in die Arbeit komme; also z.B. um 8 Uhr Früh bis 14 Uhr und dann von 18 Uhr bis 22 Uhr, ginge es nach den Wünschen der Unternehmer müßte man dreimal in die Arbeit kommen, also ganz in der Früh das Frühstück für die Gäste richten, dann Mittagessen herrichten und dann nach der zweiten Pause noch bis spät in die Nacht Bardienst machen. Also arbeiten rund um die Uhr ohne irgendwelche Zuschläge.

V: Was sollte die HGPD tun?

T: Ein zentrales Problem liegt darin, daß in vielen vor allem Klein- und Mittelbetrieben, das Prinzip "Wo kein Kläger, da kein Richter" vorherrscht. Es wird also die Schutzbe-

stimmung unter Duldung der Beschäftigten verletzt, und bei den Verhandlungen wird versucht, diese Zustände durch KV-Regelungen und Gesetze zu legalisieren. Und hier muß die HGPD aufwachen, es plätschert die Diskussion an uns vorbei, viele Funktionäre haben noch nicht verstanden, daß hier ein Kampf gegen uns geführt wird. Und die Leute sind bereit in die Gewerkschaft zu gehen, hier kommt aber dem Betriebsrat eine große Bedeutung zu, denn für den einfachen Beschäftigten, sind Betriebsrat und Gewerkschaft dasselbe, ist die Erfahrung mit dem Betriebsrat gut, so ist eine Zufriedenheit mit der Gewerkschaft da. Leider gibt es bei uns auch einige gelbe Betriebsräte.

V: Gibt es konkrete Aktionen?

T: Wir haben schon einiges gemacht, z.B. als uns die Unternehmer einen bundesweiten KV-Abschluß verweigert haben. Wir haben am Flughafen Wien bei der Einweihung der neuen Boeing 747 ein großes Spalier errichtet und mit Flugblättern auf die Angriffe der Unternehmer aufmerksam gemacht. Wir, damit meine ich Funktionäre und Beschäftigte, haben in allen wichtigen Fremdenverkehrsorten, Straßenaktionen durchgeführt. Wir haben Wirtschaftsminister Farnleitner einen Spontanbesuch abgestattet und

wir haben die Mai-Kundgebung der SPÖ dazu verwendet, um lautstark auf unsere Probleme aufmerksam zu machen. Am 1. Mai haben sogar die Kellner vom Landmann (Nobel-Cafe am Ring), kurz die Arbeit unterbrochen und uns applaudiert. Schließlich ist uns ein KV-Abschluß mit 2,2 % Lohnerhöhung und der Einführung eines 12.000 öS brutto Mindestlohns gelungen, allerdings gilt das nur für Wien, NÖ, OÖ und Vorarlberg. Gerade in Tirol und in Kärnten wollen die Unternehmer die Fremdenverkehrskrise auf dem Rücken der Beschäftigten austragen. Es gibt daher einen Beschluß der Sektion, Hotel-Gastgewerbe in der HGPD, daß wir zu weiteren Kämpfen bereit sind. Die erste Phase war hier die Phase der aktiven Aufklärung, die zweite Phase wird, wenn es notwendig ist, den Unternehmern wirtschaftlichen Schaden zufügen.

V: Wünschst du dir kämpferische Gewerkschaften?

T: Na ja, die Hauptverantwortung liegt sicher bei den Fachgewerkschaften. Wir müssen lernen auf die Straße zu gehen. Aber wir müssen alle die Solidarität neu lernen. Als Betriebsrat lernt man ja viele soziale Probleme kennen. Wir müssen: "Betroffenheit zugeben", lernen. Anstatt den "Coolen" zu spielen, der alles im Griff hat. Probleme ausprechen ist eine elementare Voraussetzung, um die Leute wieder dazu zu bringen, gemeinsam für ihr Geld auf die Straße zu gehen.

GPA-Seminar

Am 17. 9. 97 fand die Auftaktveranstaltung zum Bildungsjahr der GPA unter dem Motto „Zukunft der Arbeit“ statt. Timea Zauner, Vorsitzende der SOV Wien Süd und zwei weitere SOV-Mitglieder waren dort.

von Timea Zauner, SOV Wien Süd

Nach allgemein gehaltenen Einleitungen fanden Arbeitskreise statt. Die Themen: neue Beschäftigungsformen, Arbeit der Betriebsräte, Grundsicherung, flexible Arbeitszeiten, usw. Ich entschloß mich zur Arbeitsgruppe „neue Beschäftigungsformen“ zu gehen. In meiner Gruppe war ich die einzige geringfügig Beschäftigte, die restlichen Teilnehmer waren alle Betriebsräte. Die Diskussion kam schnell zu dem Thema der geringfügig Beschäftigten und deren soziale Absicherung. Ich war verblüfft mit welchem Engagement und mit welcher Radikalität sich die Teilnehmer in der Diskussion zur Wort meldeten. Die Aussichten für die Zukunft wurden eher düster eingeschätzt. Einig waren sich die Betriebsräte in dem Punkt, soziale Standards für alle Arten von Beschäftigung zu erzielen und nicht zuzulassen, daß Unternehmer zu Lasten der Beschäftigten ihre Profite erhöhen. Am Ende des Symposiums hielt der Vorsitzende der GPA Hans Sallmutter eine Abschlusrede. Die politische Analyse und die Kampfberedtheit, die er an den Tag legte, war überraschend. Warum habe ich in den Medien nie so etwas gehört oder spricht er dort anders? Wenn das alles, was er in seiner Rede erwähnt hat, auch von der Gewerkschaft umgesetzt werden würde, dann hätte dieses Symposium von der Anfang für eine kämpferischere GPA sein können.

80 Jahre Oktoberrevolution. Teil I

Oktober 1917: Wenn das

Simple Geister sehen historische Abläufe als die Taten großer (je nach dem) „guter“ oder „böser“ - Männer, selten auch Frauen. In dieser Tradition von „HistorikerInnen“ stehen Leute wie Hugo Portisch, die uns die Oktoberrevolution in Sendungen wie „Hört die Signale“, als einsamen Militärputsch von Lenin und Trotzki verkaufen möchten. Tatsächlich war der Sturz des Kapitalismus 1917 ein Prozeß der von Frauen und Männern getragen wurde: Von jenen Hunderttausenden die sich in der bolschewistischen Partei und den Arbeiter- und Soldatenräten - den Sowjets - organisierten.

von John Evers
SOV Wien Mitte

Die Ereignisse im Oktober/November 1917 (je nachdem welche Zeitrechnung verwendet wird) waren jener Punkt an dem sich die einschneidendsten politischen und sozialen Umwälzungen unseres Jahrhunderts ausdrückten. Die russische Revolution hatte nicht nur eine Vielzahl von Ursachen, Triebkräften und Entwicklungsstufen. Ebenso vielfältig waren ihre Auswirkungen in Rußland selbst und auf internationaler Ebene.

Die Hintergründe

Zu Beginn dieses Jahrhunderts herrschten in Rußland - zumindest oberflächlich betrachtet - Verhältnisse wie im westlichen Europa des 17. Jahrhunderts. Ein Großteil der Bevölkerung waren AnalphabetInnen und lebte in bitterer Armut und Abhängigkeit vom Großgrundbesitz am Land. Eine allmächtige Kirche hielt die Menschen in Angst und Schrecken und stützte die Macht eines absolut regierenden Zaren und seines Hofstaats. Niemand hätte es damals für möglich gehalten, daß in diesem Land nur zwei Jahrzehnte später, die fortschrittlichsten politischen, sozialen und kulturellen Gedanken Massenunterstützung erhalten würden. Die über Jahrhunderte festgefügte Ordnung Rußlands wurde durch den weltweiten Umbruch, den die Durchsetzung der modernen kapitalistischen Produktionweise bedeutete, erschüttert. Rußland konnte sich den ökonomischen Einflüssen die aus dem Westen kamen, nicht verschließen. Spät, aber doch setzte um 1890 die Industrialisierung ein.

Doch kein sich entwickelndes nationales Bürgertum war ihr Träger, sondern der Zar der eng mit ausländischem Kapital zusammen arbeitete. Es war eine Industrialisierung die völlig "von außen" kam: Sie begann nicht bei kleinen russischen Betrie-

gerliche Revolution wie in Frankreich 1789 geben müßte. Das hätte die Lösung der Agrarfrage durch eine großzügige Landreform, die Ersetzung des schmarotzenden zaristischen Staates (er verbrauchte 80% der staatlichen Einnahmen!) durch eine moderne Verwaltung und die Verwirklichung demokratischer Grundrechte bedeutet. Das „einzige“ Problem bestand darin, daß es kein Bürgertum gab, daß in der Lage und bereit gewesen wäre, diese Grundprobleme der russischen Gesellschaft anzupacken. Anders als z.B. in Frankreich 1789 existierten in Rußland bereits riesige Betriebe, in denen sich der Hauptwiderspruch der modernen bürgerlichen Gesellschaft - zwischen



Revolutionäre Propagandakunst von Majakowskij

ben, sondern mit englischer und französischer Massenproduktion auf höchstem technischen Niveau. Zwei Welten prallten um die Jahrhundertwende aufeinander: Mittelalterliche Unterdrückung und Rückständigkeit und eine völlig neue Welt in einigen rasch wachsenden Städten.

Welchen Weg nach vorn?

Selbst die russische revolutionäre Sozialdemokratie, erst recht gemäßigte Kräfte, ging zu dieser Zeit davon aus, daß es in Rußland eine bür-

ArbeiterInnenklasse und Kapitalisten - deutlich ausdrückte. Ausländisches Kapital dominierte nicht nur die industrielle Produktion, sondern auch die Banken in Rußland und war damit eng mit dem verschuldeten Adel und Großgrundbesitz am Land verbunden. Niemand hatte ein Interesse an dieser Machtkonstellation gemeinsam mit ArbeiterInnen und Bauern etwas - gar auf revolutionäre Weise - zu verändern. Der Zar versuchte die wachsenden Widersprüche, Abhängigkeit und Ausbeutung durch westliches Kapital mittels seiner Armee zu lösen: Durch Repression im Inneren und den Versuch noch schwächere Länder zu unterwerfen und auszubeuten. Diese Versuche reichten vom russisch-japanischen Krieg, der Unterwerfung zahlreicher Völker und Nationen, bis zur verheerenden Teilnahme am 1. Weltkrieg. Tatsächlich gab es für Rußland auf kapitalistischer Grundlage keine Möglichkeit, die feudalen Fesseln abzuschütteln - ähnlich vielen Staaten der „3. Welt“ heute. Die vorhandenen Kräfte die an einer Umwälzung überhaupt Interesse entwickeln konnten, waren die wachsende aber immer noch kleine ArbeiterInnenklasse und die Masse der Kleinbauern.

Die „Ouverture“ 1905

Vor dem Hintergrund des russisch-japanischen Krieges und einer sich entwickelnden sozialen Krise, fand die Revolution von 1905 statt. ArbeiterInnen zogen damals unter Führung eines Geistlichen (!) mit ei-

ner Bittschrift zum Zaren - dieser ließ in die Demonstration schießen. Die Folge war eine revolutionäre Erhebung und die Bildung des ArbeiterInnenrats - Sowjet. Der Sowjet hatte sowohl praktische Aufgaben bei der Organisation der Bewegung als auch des täglichen Lebens. Er war auch das überparteiliche Organ in dem die politische Auseinandersetzung der verschiedenen Strömungen und Richtungen stattfand. Die Hauptschwierigkeit der Revolution von 1905 bestand darin, in dieser monatelangen Auseinandersetzung mit der Regierung, die Bauern zu mobilisieren. Nach anfänglichen Zugeständnissen reagierte der Zar zunehmend mit Repression und antisemitischen Pogromen. Das Bürgertum unterstützte - verschreckt von der Wucht der politischen Massenstreiks - die Niederwerfung der Revolution und stellte damit klar, daß es niemals eine echte Veränderung billigen würde. Leo Trotzki, der Vorsitzende des ersten Sowjets, zog aus der Revolution von 1905 die Schlußfolgerung, daß das Bürgertum kein revolutionärer Faktor mehr sei und auch die Bauern nicht in der Lage wären eine führende Rolle bei einer Umwälzung der Gesellschaft wären. Eine künftige Revolution würde von den ArbeiterInnen initiiert werden, die versuchen müssen, die Masse der Bauern auf ihre Seite zu bringen. In seiner Theorie der „permanenten Revolution“ erklärte er weiter, daß die Revolution nicht bei bürgerlichen Aufgaben stehen bleiben könne, sondern sozialistischen Charakter annehmen würde. Diese Thesen sollten sich zwölf Jahre später bestätigen.

relativ kleine Gruppen - wie zum Beispiel auch die russischen Bolschewiki - bildeten mit ihrer „Anti-Kriegs-Position“ eine Ausnahme. Das rückständige Rußland wurde in diesem Krieg von modernen Armeen der Gegner völlig aufgerieben. Sein einziger „Reichtum“ bestand in der Masse von zur Verfügung stehenden Menschen, deren Körper zu Millionen auf die Schlachtfelder geworfen wurden. Hunger und Not ließen die Kriegsbegeisterung nach wenigen Monaten verfliegen. Der Krieg hatte die Widersprüche soweit zugespitzt, daß der zaristische Hofstaat im Februar 1917 wie ein Kartenhaus zusammenbrach.

Die Februarrevolution

Eine Frauendemonstration von ArbeiterInnen einiger Textilbetriebe in Petrograd gegen die schlechte Versorgungslage, entwickelte sich am 23.2.1917 zum Massenstreik mit der Forderung „Nieder mit dem Krieg und dem Zaren“. Selbst der radikalste Teil der russischen Linken - die Bolschewiki sind von der Bewegung überrascht worden. Bereits zwei Tage später herrschte Generalstreik. Die Erinnerung an 1905 war noch wach, niemand glaubte an einen Kompromiß mit dem noch immer herrschenden Zaren Nikolaus. Die Entschlossenheit der ArbeiterInnen war sicher ein wesentliches Mittel, durch das die Disziplin in der Armee aufgebrochen werden konnte. Denn jetzt begannen die Soldaten ebenfalls zu meutern. Das Übergehen der Mehrheit der Petrograder Garnison - 150.000 Mann auf die Seite der Revolution - bedeutete das Ende für Nikolaus. Fünf Tage hat die Revolution gedauert, aber innerhalb 1.315 Menschenleben gekostet.



Revolutionär Leo Trotzki

Doppelherrschaft

In das politische Vakuum drangen zwei Kräfte: Auf der einen Seite bildeten sich wieder Sowjets, die die reale Macht ausübten, weil sie das Vertrauen der Bevölkerung besaßen. Die Sowjets waren von den Parteien der Menschewiki und Sozialrevolutionären dominiert, die nach wie vor der Meinung waren, Rußland durchlaufe eine Phase der bürgerlichen Revolution. Folgerichtig waren sie bestrebt, die revolutionären Aktionen zu einem Ende zu bringen und die gesamte Macht der Sowjets an die bürgerliche „provisorische Regierung“ zu übergeben. Die Bolschewiki vertraten, nach anfänglichem Zögern, ein völlig anderes - an die veränderte Lage angepaßtes - Konzept. Sie waren der Meinung, daß in Rußland der erste Schritt zu einer weltweiten sozialistischen Veränderung gesetzt werden müsse, daß es keine Zusammenarbeit mit den Bürgerlichen geben könne und „Alle Macht“ die ArbeiterInnen und Soldatenräte - die Sowjets - übernehmen müßten. Der aus dem Exil zurückgekehrte Partei-führer Lenin faßte das Programm in den „Aprilthesen“ zu-

Parteien in Rußland

Kadetten oder Konstitutionelle Demokraten sind eine 1905 gegründete Partei der Bourgeoisie, bürgerlicher Intellektueller und Großgrundbesitzer. Sie forderten im wesentlichen eine konstitutionelle Monarchie und dominierten nach der Februarrevolution von März bis April die provisorische Regierung wo sie weiterhin imperialistische Kriegspolitik betrieben. Nach der Oktoberrevolution führten sie im Bürgerkrieg die Konterrevolution an.

Die Sozialrevolutionäre wurden Ende 1901/Anfang 1902 gegründet und waren eine Partei des Bauerntums. Anfangs verwendeten sie terroristische Methoden. 1917 spalteten sich die Sozialrevolutionäre in zwei Parteien. Die rechten Sozialrevolutionäre vertraten die wohlhabenden Bauern und waren mit ihrem

Vertreter Kerenski eine Hauptstütze der provisorischen Regierung, die linken Sozialrevolutionäre waren für die Sowjetmacht und bildeten nach der Oktoberrevolution eine Koalition mit den Bolschewiki.

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands war seit 1903 in zwei Flügel gespalten.

Die Menschewiki, der reformistische Flügel, vertraten die Ansicht, daß in Rußland die ArbeiterInnenklasse im Bündnis mit dem liberalen Bürgertum die bürgerliche Revolution durchführen muß. Deshalb lehnten sie den Oktoberaufstand ab.

Die Bolschewiki vertraten ab April 1917 die Linie, daß in Rußland als Auftakt zum Sturz des Kapitalismus die ArbeiterInnenklasse die Macht erobern und Kapitalismus und Großgrundbesitz abschaffen muß.

Volk „putscht“

sammen: Die „Übernahme der Kontrolle der gesellschaftlichen Produktion“ durch den ArbeiterInnendeputiertenrat. „Die Abschaffung der Polizei, der Armee, des Beamtentums“ und die „allgemeine Bewaffnung des Volkes. Wahl- und Abwählbarkeit für alle öffentlichen Funktionen und Entlohnung „nicht über dem Durchschnittslohn“ eines ArbeiterInnen.“ „Enteignung des gesamten adeligen Gutsbesitzes“, einen wahrhaft demokratischen Frieden „ohne Annexionen“ und die Schaffung einer neuen internationalen sozialistischen Bewegung. Es war ein Programm, daß sich in den kommenden Monaten anhand der allgemeinen Entwicklung bewähren mußte. Noch waren die Bolschewiki eine verschwindende Minderheit.

Die zentralen Probleme bleiben ungelöst

Zwischen Februar und Oktoberrevolution gab es 3 provisorische Regierungen. Keine stützte sich auf parlamentarische Wahlen, sondern ausschließlich auf die Duldung durch die Sowjets - solange in diesen Menschewiki und Sozialrevolutionäre die Mehrheit hatten. Keine war willens und in der Lage, die zentralen Fragen der russischen Gesellschaft, wie die Landfrage, anzupacken. Alle diese Regierungen wollten den Krieg fortsetzen, um den französischen und britischen Imperialismus nicht zu vergrämen und die Interessen der herrschenden Klasse zu wahren. Die Fortsetzung des Krieges schien auch als einzige Möglichkeit, die sozialen und politischen Forderungen der Massen weiter hinaus zu schieben und die Revolution zu ermatten. Die Sozialrevolutionäre und Menschewiki, die die linke Flankendeckung für diese Politik abgaben, begründeten das mit der „Verteidigung der Revolution“ gegen den „preußischen Militarismus“. Doch die katastrophale Lage im Land und an der Front verschob das Kräfteverhältnis weiter nach links. Bereits am ersten Mai sah sich die bis dahin allein regierende bürgerliche Partei der Kadetten gezwungen „Versöhler“ (Menschewiken und Sozialrevolutionäre) in die Regierung aufzunehmen. In den Sowjets spiegelte sich diese Entwicklung wegen des immer noch großen Einfluß der „Versöhler“ allerdings weniger wieder als auf der Straße. Während im Juni der Sowjetkongreß noch die Politik der Regierung absegnete, begannen Massendemonstrationen die das Ende des Krieges und alle Macht für die Sowjets forderten. Zu Julibeginn traten vier bürgerliche Minister zurück - eine spontane, bewaffnete Demonstration von Hunderttausenden wollte die Machtübernahme der Sowjets erzwingen. Die Bolschewiki waren gegen diese Demonstration - sie hielten den Zeitpunkt für verfrüht. Hätten die Bolschewiki „putschen“ wollen, wäre der Juli 1917 der günstigste Zeitpunkt gewesen. Sie lehnten aber

die Illusion, durch einen Staatsstreich einer im gesamtgesellschaftlichen Vergleich schmalen Minderheit (selbst wenn sie bereits Hunderttausende zählte) den Kapitalismus stürzen zu können, ab. Tatsächlich war die Zeit noch nicht reif, die Illusionen in die „Versöhler“ bei breiten Schichten noch zu verbreiten und der Einfluß der Regierung in entlegeneren Gebieten noch zu stark. Die Bewegung wurde niedergeschlagen. Die Bolschewiki - sie hatten trotz ihrer Skepsis die Demonstrationen unterstützt - wurden in die Illegalität gedrängt, ihre Druckerei zerstört, wichtige Persönlichkeiten verhaftet. All das geschah unter dem „sozialistischen“ Ministerpräsidenten Kerenski.

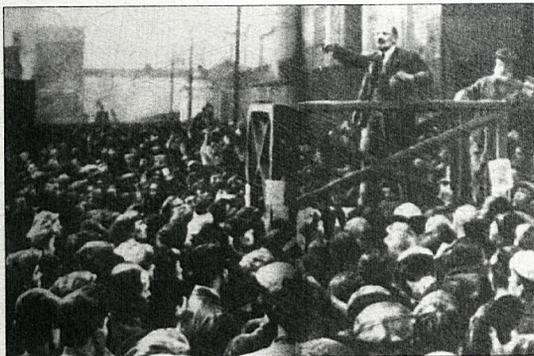
Zwischen Putsch & Revolution

In dieser Situation sah die Rechte die Möglichkeit, endlich „Ruhe und Ordnung“ herzustellen und mit dem Revolutionsspek ein für allemal Schluß zu machen. Ihr war die Entwicklung schon viel zu weit gegangen - sie hatte die provisorischen Regierungen, samt Versöhlern, nur als notwendiges Übel akzeptiert, denen sie eigentlich nicht traute. Am 27. August fand eine Erhebung unter



10 Tage, die die Welt erschütterten

dem Oberkommandierenden der Armee, General Kornilow, unterstützt von Teilen der Kadetten statt. Das Ziel war die Errichtung einer Militärdiktatur. Kerenski, Frankreich und England hatten von den Plänen bereits gewußt und diese gebilligt. Kerenski deshalb, weil er ernsthaft glaubte, daß er der neue Militärdiktator werden könne. Im letzten Moment mußte er nun die Sowjets mobilisieren und sogar die Bolschewiki legalisieren um seine eigene Verteidigung zu sichern. Kornilows Putsch endete in einer totalen Niederlage - die Autorität der Regierung war weiter gesunken, die der Bolschewiki gestiegen. Nicht nur ihr Programm schien sich in den Augen der Massen zu bewähren, sondern auch ihre Führung im praktischen Kampf. Die Bolschewiki begannen Mehrheiten in verschiedenen Komitees und Ver-



Lenin spricht zu den ArbeiterInnen der Putilow-Werke in Petrograd

sammlungen zu gewinnen, vor allem aber im Petrograder Sowjet dessen Vorsitzender wieder Trotzki wurde. Zur selben Zeit desertierten Zehntausende von der Front und Bauern begannen, die reichen Gutsbesitzer zu vertreiben. Die Situation spitzte sich auf eine Frage zu: Würde eine friedliche Machtübernahme durch die Sowjets möglich sein?

Der Oktoberaufstand: Ein Verteidigungsakt

Die Bolschewiki drängten auf die sofortige Durchführung eines allrussischen Sowjetkongresses. Die Versöhler versuchten dieses Vorhaben mit allen Mitteln zu torpedieren. Immer wieder wurde der Termin hinausgeschoben bis die Bolschewiki drohten, selbst einen Kongreß einzuberufen. Menschewiki und Sozialrevolutionäre setzten mit dem 25. Oktober 1917 den Termin fest. Gleichzeitig versuchte die Regierung wenige Tage vorher, die Verlegung von revolutionär gesinnten Truppenteilen der Petrograder Garnison an die Front. Zahlreiche Dokumente belegen, daß die Regierung sogar bereit gewesen wäre, Petrograd an die Deutschen preiszugeben, um sich so das Zentrum der Revolution vom Hals zu schaffen. Am 24.10 beschloß die Regierung das Ende des bolschewistischen Petrograder Sowjets. Zeitungen wurden verboten, Telefone abgedreht und Haftbefehle erlassen. Das Militärische Revolutionskomitee - der „bewaffnete Arm“ des Sowjets vereitelte diesen Anschlag und besetzte ohne Gewaltanwendung die wichtigsten Punkte der Stadt. Der Regierungssitz, das Winterpalais, wurde nach kurzen Kämpfen - es gab weniger als 1% der Toten der Februärrevolution - eingenommen. Der am nächsten Tag tagende Sowjetkongreß bestätigte mit 390 von 650 Stimmen die Rechtmäßigkeit der Absetzung der provisorischen Regierung und die Übernahme der Macht.

Die Dynamik der Entwicklung

So spektakulär der Oktoberaufstand selbst war, so gewaltig waren seine Auswirkungen in Rußland und international. Sofort wurde ein demokratischer Frieden angeboten und

eine Landreform beschlossen. Im ganzen Land begann eine Welle der Nationalisierung durch die lokalen Sowjets. Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen wurde im früheren Völkergefängnis Rußland ausgerufen. Die wichtigste Auswirkung war allerdings die Wiedergeburt der internationalen revolutionären ArbeiterInnenbewegung. Die Bolschewiki verstanden die Revolution als ersten Schritt zu einer weltweiten sozialistischen Umwälzung. Sie wußten, daß es unmöglich war - wie Stalin später behaupten sollte - den Sozialismus in einem - noch dazu rückständigen - Land aufzubauen. Tatsächlich folgten revolutionäre Erhebungen in ganz Europa. Die Revolution in Europa wurde mit Hilfe der sozialdemokratischen Parteien niedergeschlagen. An der weiteren Entwicklung - von der Ermordung der deutschen Revolutionäre Liebknecht und Luxemburg bis zur Machtergreifung des Faschismus und autoritärer Regime in Ost- und Westeuropa - zeigte sich, was real die Alternative zur Revolution in Rußland gewesen wäre. Sowjet-Rußland selbst wurde 1918 mit Hilfe des westlichen Imperialismus in einen blutigen Bürgerkrieg gestürzt und blieb völlig isoliert. Diese Situation schuf die Voraussetzungen für die spätere Bürokratisierung und Terrorherrschaft unter Stalin.

In der nächsten Ausgabe:

- Die Auswirkungen der Revolution auf die internationale ArbeiterInnenbewegung
- Terror und Bürgerkrieg
- Undemokratische Bolschewiki?
- Was bleibt vom Oktober 1917

Samstag 15. November
ab 14 Uhr
in der VHS Ottakring
(16; Ludo Hartmann-Platz 7)

Symposium "Oktoberrevolution - Was blieb von ihr?"

Weiters:

- Frauen & Revolution
- Trotzismus vs Stalinismus
- Rätebewegungen in Europa
- Revolution oder Putsch
- Kunst & Revolution

Chronologie

Februar/März

Mit einer Demonstration am Internationalen Frauentag beginnt die Revolution. Die Regierung wird vom Zaren aufgelöst. Es werden ArbeiterInnenräte gebildet. Der Zar dankt ab, eine Provisorische Regierung unter Fürst Lwow wird gebildet

April:

Lenins Rückkehr aus dem Exil. Innerhalb der Bolschewiki entbrennt eine Diskussion um den künftigen Kurs. Lenin setzt sich mit seiner These „Alle Macht den Sowjets“ durch, während der rechte Flügel der Bolschewiki - zu dem auch Stalin gehörte - für eine kritische Unterstützung der Regierung eintrat.

Mai:

Der Petrograder Sowjet stimmt für die Koalitionsregierung. Außenminister Miljukow und Verteidigungsminister Guchkow treten zurück. Trotzki kommt aus Amerika zurück und vertritt dieselbe Linie wie Lenins Bolschewiki. Die Koalitionsregierung reorganisiert sich mit Kerenski als Kriegsminister. Der Kronstädter Sowjet erklärt sich als einzige Regierungsmacht in Kronstadt.

Juni:

Es tagt der erste gesamt-russische Sowjetkongreß. Kerenski ordnet eine militärische Offensive an. Stimmungsumschwung zugunsten der Bolschewiki.

Juli:

Bestreben seitens Teilen der ArbeiterInnenklasse die Macht zu erobern, gefolgt von Repressionen des Regimes gegen die Bolschewiki. Lenin und andere müssen wieder ins Exil. Die Regierung setzte Gerücht in Umlauf, Lenin sei ein deutscher Spion. Kerenski wird Premierminister. Kerenski ernennt General Kornilow zum obersten Befehlshaber der Armee. Trotzki wird verhaftet.

August:

Die Konterrevolution marschiert: Der rechte General Kornilow versucht gegen die provisorische Regierung zu putschen. Die Bolschewiki organisieren erfolgreich die Verteidigung der Revolution.

September:

Die Bolschewiki gewinnen in der Moskauer Duma und im Petrograder Sowjet die Mehrheit.

Oktober/November:

Der Druck gegen die Provisorische Regierung steigt. Oktoberrevolution, Verhaftung der provisorischen Regierung und Flucht Kerenskis. Der 2. Allrussische Sowjetkongreß setzt einen Rat der Volkskommissare mit Lenin als Vorsitzenden ein. Auf das Dekret über „Die Beendigung des Krieges“ und „Über Grund und Boden“, folgt die Deklaration „Über das freie Selbstbestimmungsrecht aller Völker Rußlands“.

6.-8. Dezember

Jetzt geht's los: Das SOV-Seminar

Themen:

- 1) Osteuropa
Die politischen und sozialen Folgen der Wiedereinführung des Kapitalismus
- 2) Rosa Luxemburg
Leben, Werk und Theorien
- 3) Neoliberalismus
Perspektiven für den Sozialstaat und die Weltwirtschaft

HAbfahrt: Samstag, 6.12. Mittag

HRückkehr: Montag, 8.12. Abend

HKosten: Bei Anmeldung bis 17.11. öS 450,-/danach öS 500,- (im Preis enthalten: Fahrt, Unterkunft im DZ)

HFür die ortsübliche Freizeitunterhaltung ist bestens gesorgt!

HAnmeldungen im SOV-Büro unter 01-524 63 10



In eigener Sache

Unser Spendenkonto: PSK 8812.733

Wofür wir kämpfen

Nein zu jedem Sozialabbau! Für eine Umverteilungsoffensive von oben nach unten!

- Nein zur Sparpropaganda und Politik der Bürgerlichen! Geld ist genug da, es ist nur in den falschen Händen - bei Banken, Versicherungen, Großindustriellen und Großgrundbesitzern!
- Sofortige Einführung eines Mindestlohnes von öS 13.000,- netto.
- Kampf der Arbeitslosigkeit durch sofortige Einführung der 35-Stundenwoche bei vollem Lohn.
- Für eine Ausbildungs Offensive. Keine Kürzungen im Bildungsbereich.
- Nein zur Wohnungsnot! Enteignung der Spekulanten!
- Für einen echten Kampf gegen die Umweltzerstörung. Das bedeutet Kampf dem Verursacher,

der Profitwirtschaft. Nein zu „Öko“-Steuern, die in Wirklichkeit nur ArbeitnehmerInnen und sozial Schwache treffen.

Nein zur Spaltung von ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen

- Wir kämpfen für die volle politische, soziale und gesellschaftliche Gleichberechtigung aller ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen
- Schluß mit der doppelten und dreifachen Unterdrückung und Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie.
- Entschlossener Kampf dem Rechtsextremismus. Für die volle politische und soziale Gleichstellung aller in Österreich lebenden Menschen. Weg mit allen rassistischen Gesetzen! Den Kampf dafür müssen aus- und inländische ArbeitnehmerInnen und Jugendliche

NATO) - gegen die Errichtung eines Berufsheeres - für die Auflösung aller stehenden Einheiten.

- Für einen breiten Ausbau demokratischer und gewerkschaftlicher Rechte, insbesondere im Jugend-, Arbeitnehmerschutz- und wirtschaftlichen Kontrollbereich.
- Nein zu Privatisierung und Zerschlagung des öffentlichen Sektors! Nein zur Wirtschafts diktatur der Unternehmer. Für die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrie unter Kontrolle der ArbeitnehmerInnen
- Nein zum kapitalistischen Chaos, das Verschuldung, Mißwirtschaft und Armut produziert. Für eine demokratisch geplante Wirtschaft.

Für Sozialismus international

- Nein zur kapitalistischen EU. Sozialismus international auf gleich-demokratischer

einer Bewegung und Grünen. Wir leine OppositionsinteressenvertreterInnen und in Gewerkschaft Schulen mit der Gründung der Offensive Vorbeitrag sein. einer neuen in-terInnenbewe-

st nötig. Ledig-formen können die Veränderung der ArbeiterInnen-Jugend müssen it dem kapitali- stssystem und s kämpfen.

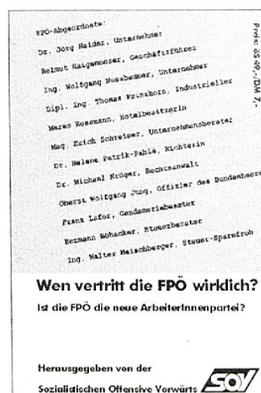
EDEN!

2. Auflage der neuesten SOV-Publikation

Jetzt unseren Bestseller bestellen!

Über dreihundert Exemplare unserer neuen Broschüre wurden binnen eines Monats verkauft. Alleine die Gewerkschaftsliste "Konsequente Interessens Vertretung" (KIV) hat 60 Stück bestellt. Die AutorInnen der Broschüre haben zum Thema "Ist die FPÖ die neue ArbeiterInnenpartei" bereits in zahlreichen linken und Gewerkschaftszeitungen publiziert, darunter: Volksstimme, die Arbeit und die Alternative. "Wen vertritt die FPÖ" befasst sich als derzeit einzige Publikation ausführlich mit der "neuen und alten" Gewerkschafts, Sozial und ArbeitnehmerInnen Politik der Freiheitlichen. Neben einer fundierten Analyse und zahlreichen Fakten, werden Perspektiven und Gegenstrategien aus marxistischer Sicht dargestellt.

Die AutorInnen stehen auch als ReferentInnen zur Verfügung. Rückfrage bei der Redaktion unter: 01 - 524 63 10



Die 72 Seiten starke Broschüre ist im SOV-Büro (1070 Wien, Kaiserstr. 14/11, Tel.: 01-524 63 10, öS 55,- (inkl. Porto)

TERMINE

- 14.10 „Wie sehen sozialistische Schulkonzepte aus“ OG Wien West
- 16.10 „Che Guevara - Mehr als ein Mythos?“ OG Wien Ost
- 25.10 „Gegen Euro - Aber Wie?“ Regionalgruppe OÖ
- 28.10 „Naher Osten - Friedensplan gescheitert?“ OG Wien Mitte
- 28.10 „Natobeitritt“ Regionalgruppe NÖ
- 29.10 „Rolle der Mafia im Kapitalismus“ OG Wien Süd
- 31.10 „Russische Revolution - hat der Stalinismus bereits mit Lenin begonnen?“ OG Wien Nord

24.-26.10. Frauenselbstverteidigungskurs Rückfragen und Anmeldung unter 01- 524 63 10

Ortsgruppen der SOV

Du willst nicht nur unsere Zeitung lesen, sondern mit uns diskutieren? Komm in eine SOV-Ortsgruppen! Oder ruf uns an: 0222/524 63 10

- Wien**
- Ortsgruppe Wien Süd:** jeden Dienstag 19 Uhr 5; Jugendzentrum Grünwaldg.4
- Ortsgruppe Wien Mitte:** jeden Mittwoch 19 Uhr 7; „Amerlinghaus“ Stüftg.8
- Ortsgruppe Wien West:** jeden Dienstag 19.30 Uhr „Club International“ 16; Payerg.14
- Ortsgruppe Wien Nord:** jeden Freitag 19.30 Uhr „Cafe Spectrum“ 2; Arnezhoferg.8

Ortsgruppe Wien Ost: jeden Donnerstag, 19.30 Uhr Ort auf Anfrage bei der Redaktion **GewerkschaftsStammisch:** jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat, „Zentrum Erdberg“; 19 Uhr 3; Lechnerstr.2-4 **FrauenStammisch** jeden 2. und 4. Montag im Monat, „Zentrum Erdberg“; 19 Uhr 3; Lechnerstr.2-4

Oberösterreich - Wels jeden Samstag 14 Uhr für Oktober leider kein fixer Raum, bitte bei der Redaktion nachfragen (01 -524 63 10)

Niederösterreich - Wr. Neustadt Cafe Einhorn, Singergasse Termine bei der Redaktion erfragen

Kampffonds aktuell



von Ali Kropf



Unsere politische Arbeit kostet Geld. Der Kampffonds gibt unsere Einnahmen wieder. Auf dem Thermometer wird jener Anteil des Gesamtzieles aufgezeigt, den wir erreicht haben.

Ziel Sept. bis Nov.: 90.000 öS-davon erreicht: 33,4 %
Septemberziel erreicht: 102 %
Besonderer Zeitungsverkauf: Oberösterreich 126 Stück während des Wahlkampfes
Übrigens - jetzt Vorwärts abonnieren. Denn: Wir schreiben, was andere nicht schreiben dürfen!

SOV Abo-Karte

Die **Sozialistische Offensive Vorwärts - SOV** ist eine neue revolutionäre und sozialistische Organisation von ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen. Die **SOV** kämpft gegen Sozialabbau und Dritte Republik und für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung - für Sozialismus!
Wir haben in mehreren Bundesländern Ortsgruppen die sich wöchentlich treffen und geben außerdem das monatliche **Vorwärts** heraus.

Das neue **Vorwärts** gefällt mir, deshalb möchte ich:

- Eine Probenummer gratis

Ein **Vorwärts**-Abo für:

- 5 Nummern zu öS 50,- (inkl.Porto)
- 10 Nummern zu öS 100,- (inkl.Porto)
- .. Stück **Vorwärts** zum Weiterverkaufen (Bezahlung erfolgt nach Verkauf)

Ein **Vorwärts**-Förder-Abo für:

- 5 Nummern zu öS 100,- (inkl.Porto)
- 10 Nummern zu öS 200,- (inkl. Porto)

Außerdem interessiere ich mich für die Arbeit der **SOV** und möchte:

- zu Veranstaltungen eingeladen werden
- Eure Materialliste (Bücher, Broschüren, T-Shirts,...)
- Mitglied der **SOV** werden!



Internationales

Indonesien**Waldbrände**

Teile der südostasiatischen Inselstaaten Indonesien und Malaysia werden seit Wochen von verheerenden Waldbränden heimgesucht. Die Sonne ist von giftigem Rauch verdunkelt, die Menschen tragen Atemschutzmasken, es gibt bereits Tote. Ursache für die Waldbrände ist die skrupellose Brandrodung durch multinationale Konzerne. Von den autoritären Regimes der Länder haben sie freie Hand dazu bekommen. Die Berichterstattung in den meisten österreichischen Medien stellte es allerdings so dar, als wären die Waldbrände vom Himmel gefallen.

Südkorea**Gewerkschafter als Präsidentschaftskandidat**

Anfang des Jahres wurde Südkorea von einer Generalstreikwelle erschüttert. Der Kampf wurde angeführt von der KCTU, der unabhängigen Gewerkschaft.

Im Dezember 1997 finden in Südkorea Präsidentschaftswahlen statt. Bisher konnte die ArbeiterInnenklasse nur unter verschiedenen bürgerlichen Kandidaten wählen. Aber diesmal wird Kwon Young-Kil, Anführer der KCTU als Kandidat der Gewerkschaftsverbände und der "Nationalen Allianz für Demokratie" und die Wiedervereinigung Koreas (eine Dachorganisation fortschrittlicher politischer Organisationen) antreten. Auch wenn nicht alle Arbeiter für Kwon Young-Kil stimmen werden, sondern aus taktischen Überlegungen - um endlich die lange regierende konservative NKP loszuwerden - ihre Stimme Kim Dae-jung (dem Kandidaten des Nationalen Kongresses für eine neue Politik, der wichtigsten Oppositionspartei) geben werden, so ist damit doch der erste Schritt für eine so dringend nötige ArbeiterInnenpartei gemacht.

New York**Kriminelle Polizei**

Just vor der Wahl am 4. November wurde klar, was das „Null-Toleranz-Prinzip“ des New Yorker Bürgermeisters Rudy Giuliani real bedeutet. Das Konzept geht davon aus, daß die Ursache für Schwerverbrechen in der Kleinstkriminalität zu suchen ist. Härtestes polizeiliches Durchgreifen gegen Graffiti-Sprayer und Bettelei war die Folge. Laut „Die Presse“ machte die Polizei von ihren neuen Herrschaftsbefugnissen auf ihre Weise Gebrauch: Einem Haitianer der einen Streit schlichten wollte, wurde auf der Toilette des Wachzimmers von den Beamten der Stiel einer Sauglocke in den After gerammt. Regelmäßig gehen jetzt tausende Menschen gegen die Machtfülle der im Übrigen völlig korrupte Polizei auf die Straße.

Gegen Deregulierung: Zwei Jahre langer Arbeitskampf der Liverpooler Hafendarbeiter**Solidarität mit den Liverpooler Dockers**

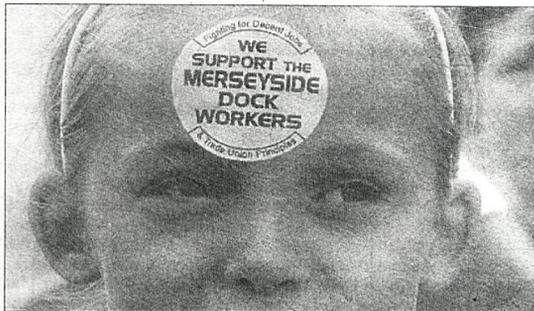
500 Liverpooler Hafendarbeiter kämpfen seit zwei Jahren um ihre Arbeitsplätze. Der Gegner ist die Mersey Docks and Harbour Company (MDHC). Am 28. September 95 wurden 420 Dockers entlassen, nachdem sie in einen Solidaritätsstreik getreten sind.

Thomas Kerschbaum
Personalvertreter/
SOV Wien Süd

Bei der MDHC-Tochter-Firma wurden 80 Arbeiter gekündigt. Diese wollten sich gegen Überstunden ohne Bezahlung wehren und streikten. Die Arbeiter von MDHC unterstützen ihre Kollegen, obwohl sie wußten, daß die Firma sie wegen des Solidaritätsstreiks (ganz legal) kündigen darf. Die bekannte Streikbrecherfirma Drake International stellte neue Arbeitskräfte - aber natürlich zu weit schlechteren Bedingungen.

Der Hintergrund dieses Arbeitskampfes ist die Privatisierung der Häfen. Schon 1989 schaffte die konservative Regierung das staatliche Hafendarbeiterprogramm ab - alle Rechte von 100 Jahren gewerkschaftlichem Kampf waren auf einem Schlag weg. Mit strengen Anti-Gewerkschaftsgesetzen und der Unterstützung durch die Regierung konnten die Kapitalisten den darauffolgenden Streik der Gewerkschaft niederschlagen. Die Anerkennung der Gewerkschaften wurde abgeschafft, die Löhne reduziert und die Teilzeit- und Gelegenheitsarbeit in allen britischen Häfen eingeführt. In Liverpool hat sich die kämpferische

Regionalorganisation der Dockers-Gewerkschaft TGWU (Transport and General Workers' Union) erfolgreich gegen die Deregulierung gewehrt. Die MDHC provozierte diesen Arbeitskampf, der mit einer Aussperrung begann, um die Gewerkschaft von den Liverpooler Dockers zu entfernen. Die kämpfenden Arbeiter von Liverpool werden von der nationalen Gewerkschaft TGWU nicht unterstützt. Die TGWU-Führung gibt den Dockern nur ein paar Almosen aus einem Sozialfonds. Die sozialdemokratische TGWU-Führung, verbunden mit der Labour Party, will sich an die Gesetze halten und boykottiert alle Solidaritätsaktionen von Gewerkschaften. Der britische Staat ist an der MDHC beteiligt, aber Blair weigert sich ebenfalls, sich für die Arbeiter einzusetzen. Die sozialdemokratische Regierung will die Anti-Gewerkschaftsgesetze beibehalten und scharf gegen Solidaritätsstreiks vorgehen. Die ausgesperrten Dockers, deren einzige "Schuld" ist, keine Streikbrecher sein zu wollen, lehnten alle Angebote von MDHC ab, einen Teil der 500 Arbeiter als Gelegenheitsarbeitskräfte zu schlechteren Bedingungen wieder einzustellen. Eine international beispiellose Solidarität hat der entbehrungsreiche



Die Unterstützung in der Bevölkerung ist groß

Kampf der Dockers und ihrer Familien hervorgerufen: Immerhin haben sie seit 2 Jahren kein Einkommen, sind auf Geldspenden der internationalen Gewerkschaftsbewegung angewiesen und stehen jeden Tag auf der Straße. Die Liverpooler Dockers haben gezwungenermaßen die Solidaritätskampagne selbst organisiert.

Bereits im Oktober 95 gründeten sie das "Merseyside Dockers and Shop Steward Committee" und schickten Delegierte rund um die Welt, um für Solidarität zu werben. Im Februar '96 fand die erste Dockers-Konferenz in Liverpool statt - mit Vertretern aus 17 Staaten. Die 2. Internationale Dockarbeiter-Konferenz in Montreal im August '97 beschloß Solidaritätsstreiks und -aktionen auf allen Kontinenten. Alle Schiffe, die für MDHC, die Streikbrecher- und ihre Tochterfirmen fah-

ren, sollen bestreikt werden. Der MDHC haben die Aktionen der Dockers schon Millionen Pfund Verluste eingebracht. Aber es ist schon längst ein prinzipieller Kampf - die Hafendarbeiter in allen Ländern gegen die Privatisierung und Deregulierung. Es stellt sich immer wieder die Frage: Soll die Gewerkschaft Gesetze brechen, um kämpfende Arbeiter zu unterstützen? Auf die gewerkschaftsfeindliche Politik kann es nur eine Antwort geben: Internationale Solidarität und internationaler Kampf! Die Liverpooler Dockers sind schon zum Symbol für eine neue internationale ArbeiterInnen- und Gewerkschaftsbewegung geworden.

Mehr Infos und Video
12.11.97 um 19 Uhr
3; Lechnerstr.2-4
"Zentrum Erdberg"

Frankreich**Geht Frankreich nach links?**

In 11 der 15 EU-Staaten stellen Sozialdemokraten die Regierung oder sind daran beteiligt. Nach Tony Blair gewann auch Jospin die Wahlen. Jospin führte seinen Wahlkampf mit einem relativ linkem Programm. Auf einem Treffen des Komitees für eine Arbeiterinternationale (KAI/CWI) führte Sonja Grusch ein Gespräch mit Jean-Yves Lesage, Mitglied des Nationalen Büros der Gauche Revolutionnaire (französische Schwesterorganisation der SOV).

Vorwärts: Was ist aus den Versprechungen, die Jospin im Wahlkampf gemacht hat, geworden?

Jean-Yves Lesage: Versprochen hat er Arbeitszeitverkürzung, die Schaffung von 300.000 Jobs für Jugendliche sowie die Privatisierung der Telekommunikation und der Air France zu stoppen. Nun, was die Jobs angeht, im Öffentlichen Dienst wurden einige geschaffen - aber die Verträge sind auf ein Jahr befristet und die Jugendlichen bekommen gerade mal den Mindestlohn. Bezüglich der Arbeitszeit findet am 10.10. ein „Sozialpartner“-Treffen statt an dem neben Regierungsvertretern alle Unternehmerorganisationen und die fünf wichtigsten Gewerkschaften teilnehmen. Die Unternehmer haben klargemacht, daß sie das Treffen boykottieren werden, wenn eine generelle Regelung auch nur diskutiert wird - sie setzen auf Einzelverträge. Und Jospin hat erklärt, daß eine Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnverlust nicht möglich wäre, weil das „nicht ökonomisch“ sei! Die Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnverlust war DAS Versprechen von Jospin, darum ist

der Ausgang dieses Treffens auch so wichtig. Die französischen ArbeiterInnen werden die Regierung Jospin vor allem auch daran messen!

V: Die Kommunistische Partei Frankreich (KPF) stellt mit Jean-Claude Gayssat den Transportminister, der auch für die Privatisierung der Air France zuständig ist.

JYL: Die Führung der KPF stellt sich nicht gegen die Privatisierung, sie meint, es gebe keine Prinzipien bezüglich des Öffentlichen Sektors, man müsse da „pragmatisch sein“. Sie haben auch gegen die Teilprivatisierung der Post, die Jospin gemäß den Plänen von Juppe durchführt, nichts getan. Sie verstecken sich dahinter, daß sie sagen „wir haben halt nur 10%, da ist nicht mehr drinnen“. Aber Teile der Basis der KPF sind damit überhaupt nicht einverstanden. Offiziell sind 20% gegen die Teilnahme der KPF an der Regierung, aber die Ablehnung der Politik der KPF in der Regierung ist wohl weit größer. Der Parteivorsitzende Robert Hue wurde sogar am jährlichen Pressefest von der Basis ausgebuht.

V: Maastricht&Euro waren Gründe für die vorgezogenen Wahlen. Wie verhält sich Jospin zur EU.

JYL: Den „Stabilitätspakt“ hat er unterschrieben, obwohl er im Wahlkampf erklärte, nicht dafür zu sein. Die einzige Änderung ist, daß Frankreich die 3% (jährliches Defizit, Anm.d.Red.) nicht schon 1998, sondern erst 1999 erreichen muß. Er hat sich nun auch für die Europäische Währungsunion ausgesprochen. Und obwohl Jospin bisher recht geschickt vorgegangen ist, gibt es bereits Schritte für weiteren Sozialabbau.

V: Was meinst Du da konkret?

JYL: Z.B. wird zur Zeit eine Kampagne gegen LehrerInnen und ihre angeblichen Privilegien gemacht. Das deutet an, daß Kürzungen im Bildungswesen geplant sind. Ganz allgemein: das Vertrauen in die Regierung Jospin ist nicht allzu groß. Am 10. Juni haben die wichtigsten Gewerkschaften eine Demo organisiert, die wohl als sanfte Warnung an die Regierung verstanden werden kann. Daran haben immerhin 70.000 teilgenommen. Und in den nächsten Wochen sind eine Reihe von Demonstrationen und Streiks geplant. Am 30. September haben die TelekommunikationsarbeiterInnen gestreikt, und auch die EisenbahnerInnen und die LehrerInnen bereiten Aktionen vor.



Jospin: Wie links ist er wirklich?

V: Was tut Gauche Revolutionnaire?

JYL: Einerseits fordern wir weiterhin die Arbeitszeitverkürzung auf mindestens 35-Stunden bei vollem Lohn. Hier darf es keine Abstriche geben. Ein anderes wichtiges Thema sind immer noch die rassistischen Gesetze der Regierung gegen ImmigrantInnen und die sogenannten „Papierlosen“. Jospin hat diese - entgegen seinen Ankündigungen - nur geändert, und hier nicht alles zum Guten! Insgesamt ist viel zu tun, denn Jospin entpuppt sich immer mehr als französischer Blair, dessen Politik sich von jener der bürgerlichen Parteien nicht unterscheidet!

V: Wir danken für das Gespräch!



MieterInnen wehren sich!

Wels
Heimstätte

Mitte September berichtete die „Welscher Rundschau“ vom „Aufstand der Mieter gegen (die) Heimstätte“. Den MieterInnen der Welscher Heimstätte in der Noitzmühle reicht es: Lange genug mußten sie horrenden Betriebskosten, steigende Rechnungen und die Arroganz der Leitung hinnehmen. Deshalb gibt es nun eine kämpferische MieterInneninitiative, deren Hauptorganisatorin Theresia Landauer ist (siehe Interview Seite 2).

von **Thomas Rappel und Franz Breier jun.**
SOV-Oberösterreich

Sie sammelt seit Wochen Daten und Unterlagen, verarbeitet Rechnungen zu Statistiken, holt Unterschriften und Protestbriefe ein, organisiert den Widerstand! Von Tag zu Tag beteiligen sich immer mehr Menschen, vor allem Frauen. Auch wird immer klarer, daß die Grenzen nicht zwischen „In“- und „Aus“-länderInnen verlaufen; gemeinsame Interessen verbinden! Mindestens 15 Häuserblocks sind schon einbezogen, aus Linz und Micheldorf erhielten wir bereits Anrufe, man wolle sich anschließen!

Die Schweinereien:

- ◊ Undichte Fenster - Nässe und Schimmel - daraus folgende chronische Erkrankungen
- ◊ Überteuerte Fenster - die noch dazu von MieterInnen selbst bzw. teilweise selbst zu zahlen waren!
- ◊ Eine Hauspartei mußte die Reparatur der Gegensprechanlage zahlen!
- ◊ Hausreinigung mangelhaft!
- ◊ Keine ordentlichen Grünflächen und Spielmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche!
- ◊ Wahnsinn Heizkosten: schlechte Isolierung, verschwendete Gelder und Energie!
- ◊ Kautio (Grundkostenanteil) wird bestenfalls nur teilweise ausbezahlt!
- ◊ Die Heimstätte baut neue Wohnungen, reduziert aber gleichzeitig ihr Personal!
- ◊ Behinarte Delogierungen (selbst alte und kranke Menschen)
- ◊ Wohnungen stehen leer - Warum? (der Mietausfall muß von den MieterInnen bezahlt werden!)

Kosten explodieren

Die Mieten stiegen von 1996 auf '97 um satte öS 7,7 pro m² und auch bei den Betriebskosten muß einiges geändert werden. Hier kam es in manchen Bereichen zu Steigerungen von 300 %, in den letzten 5 Jahren. Viele MieterInnen müssen bereits drei Viertel oder mehr ihres Einkommens für die Gesamtmiete aufwenden. Dafür leben sie in desolaten Häusern, deren Außenwände aus Schüttbeton bestehen, wo sich sehr leicht Kondenswasser und damit Schimmel bildet. Reparaturen werden jahrelang verschleppt, wenn etwas gemacht wird, müssen das die BewohnerInnen häufig selbst bezahlen. Interessant ist auch die Frage, was mit den 8,5 Millionen Überschub geschieht, die die Heimstätte 1996 erwirtschaftet hat - an die MieterInnen wurden sie jedenfalls nicht ausbezahlt! Eine der wichtigsten Forderungen ist daher auch die Senkung der Betriebskosten um 30 %.

'Gemeinnützige Genossenschaft'

Bei der „Heimstätte“ handelt es sich um eine „Genossenschaft“, die eigentlich keine ist. 78,9 % werden vom städtischen Magistrat kontrolliert; die Mitglieder (Mieter) haben keine 10 % Anteil. Die Heimstätte herrscht über 25 % aller Haushalte in Wels (ca. 7400), im Stadtteil Noitzmühle allein über 1100 Wohnungen. Für die MieterInnen ist es fast unmöglich, an Informationen über die Finanzen „ihrer“ (?) Heimstätte heranzukommen. Interessant wäre z.B., wann der Kredit über 35 Millionen, der vor rund 20 Jahren aufgenommen wurde und der seither von den MieterInnen teuer zurückgezahlt wird, abbezahlt ist. Die Heimstätte reagiert auf Forderungen und einen Einspruch der Mieter gegen die Mietvorschreibung 1997 mit zynischen Antworten. Ihre „Vorschläge“: selbst putzen und eine Mülltonne

weniger... Das Vertrauen in den Heimstätten-Vorstand ist gleich Null - die MieterInnen verhandeln nur mehr schriftlich!

Mafia-Methoden?

Im Vorstand der Heimstätte finden sich bekannte Gestalten wie Josef Matejka (SPÖ) aber auch Lindinger (ÖVP) und Sterneder (FPÖ) wieder. Besonders über Matejka (Obmann der Heimstätte, ex-Stapo-Chef, Chef der Fremdenpolizei (!), verwickelt in die rechtsextreme Stammtischaffäre) und seine Methoden der Wohnungvergabe herrscht großer Unmut. Auf Druck von Bürgermeister Bregantner (SPÖ) konnte ein Treffen der MieterInnen in der VHS nicht stattfinden. „Plötzlich“ war eine „Faschingsitzung“ dazwischen gekommen. Sowohl der Wohnbau-Landesrat E. Haider (SPÖ) als auch ein FPÖ-Stadtrat scholten Frau Landauer „Doch nicht im Wahlkampf!“.

SOV unterstützt die Initiative

„Gerade im Wahlkampf“ - galt und gilt aber für uns! Wir unterstützen die Initiative so gut wir können - z.B. durch das Sammeln von Unterschrift-

ten... Am 27.9. hielt die SOV eine Veranstaltung zum Thema Heimstätte ab - eine Veranstaltung, die in ganz Wels bekannt war!

Bei unseren wöchentlichen Straßenaktionen in der FuZo sind die Heimstätten-Schweinereien natürlich Thema Nr. 1. Vielleicht versucht uns die Polizei ja auch deshalb die Verwendung eines Megaphones zu verbieten. Besonders berichtenswert: Ein SPÖ-Gemeinderat ließ uns mittels der Polizei verbieten, ihm unsere Sondernummer „Schweinerei bei Heimstätte“ anzubieten!

Sofortige Offenlegung der Bücher!

Die Heimstätte unterliegt keiner unabhängigen Kontrolle! Um zu wissen, was mit dem Geld passiert, muß eine Finanzkontrolle der MieterInnen eingesetzt und die Bücher der Heimstätten offengelegt werden. Sie haben Recht zu wissen, was mit ihrem Geld geschieht! Widerstand ist machbar. Herr und Frau Nachbar!



2000 Jahre alt aber bald in besserem Zustand als die Heimstätte

Rassisten stoppen

Mit Schußwaffe gegen AusländerInnen!

Das drohte Herbert Car, Besitzer der Firma Rainbow-Car in Wien Hetzendorf, jenen AusländerInnen, die es wagen sein Geschäftsgelände zu betreten (Vorwärts berichtete). Das ist nicht nur ein Verstoß gegen die Gewerbeordnung, sondern vor allem übelster Rassismus. Wir fordern daher den sofortigen Entzug der Gewerbeberechtigung der Firma Rainbow-Car.

Am 3. 10 fand deshalb die bereits dritte Kundgebung von JRE und SOV vor dem Firmengelände statt. Etwa 50 AktivistInnen protestierten lautstark gegen den Rassisten Herbert Car und seine Machenschaften. Unter anderem nahmen auch ein grüner Bezirks-

rat und ein Vertreter des GPA-Plattform „Sesam öffne dich!“ teil. Schnell versammelten sich die (größtenteils ausländischen) ArbeiterInnen der benachbarten Betriebe und AnrainerInnen bei unserer Kundgebung, unterschrieben unsere Resolution und klatschten bei den Reden laut Beifall.

Herbert Car „überraschte“ uns mit dem Aushang von zwei „Solidaritätsbriefen“, die nur so von Rassismus strotzen bzw. rechten Sprüchen. Einige „Kostproben“ daraus: Hans Rezac Tel. und Fax. Nummer (1) 319 94 51 schreibt von „Umerziehung“ und Thomas Menyhart, Schadeckstr.14 Bruck a.d.L. gratuliert zur „Anti-Tschuschen Verordnung gegen „grausliches, dunkelhätiges G“ sind!“.

Aktion, denn was sind zwei „Solidaritätsbriefe“ gegen hundert Solidaritätsunterschriften für unsere Kampagne? Allerdings zeigen diese beiden Beispiele, daß es - zumindest gesinnungsmäßig - noch mehr rechtsextreme Wahnsinnige als den/die Briefbombenattentäter gibt.

Endgültig lächerlich machte sich Herbert Car, als er selbst hinter einem Auto versteckt, seinen 10-jährigen Sohn vorschickte, um uns zu filmen. Nach lautstarken Aufforderungen unsererseits, rauszukommen und sich einer Diskussion zu stellen, flüchtete er unter dem Gespött der Bevölkerung wie ein Hase. Herr Car, wir kommen wieder, solange bis Sie von der Bildfläche verschwunden sind.